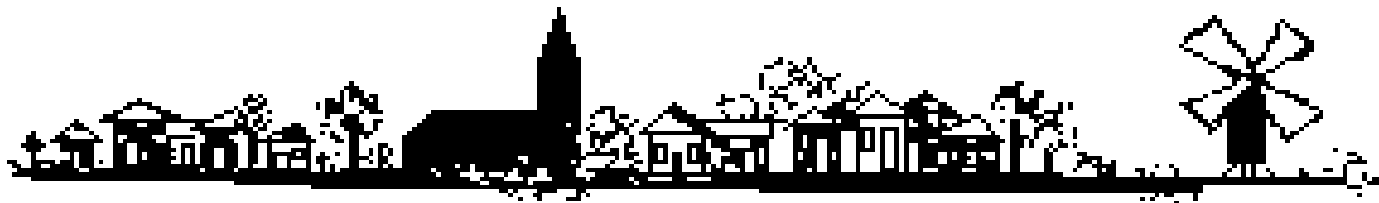


DER GRÜNSPECHT



Die Information von *BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN* Ortsverband Titz

Ausgabe2 / 2012

Generationswechsel in der GRÜNEN Ratsfraktion Titz Friederike Fischermann und Dierk Simons geben den Staffelstab weiter



V.l. Christian Waldrich, Andreas Leßenich, Dierk Simons, Friederike Fischermann

Zur Ratssitzung am 13.09.2012 fand in der Titzer Gemeinderatsfraktion der Grünen ein Wechsel statt.

Friederike Fischermann war 18 Jahre lang im Rat der Gemeinde Titz. Dierk Simons war 22 Jahre lang im Rat, davon fünf Jahre als 2. Stellvertretender Bürgermeister.

Als neue GRÜNE Ratsmitglieder rückten Christian Waldrich, Gevelsdorf Siedlung Dackweiler und Andreas Leßenich aus Rödigen nach.

Der Wechsel zum jetzigen Zeitpunkt war seit längerem geplant. Mit den beiden neuen Ratsmitgliedern, 36 und 44 Jahre alt, findet ein Generationswechsel statt.

Sowohl Christian Waldrich als auch Andreas Leßenich gehörten schon bisher der Fraktion als sachkundige Bürger an. Wie Dierk Simons und Christian Waldrich betonen, wird die bisherige Arbeit

der GRÜNEN Fraktion kontinuierlich und mit der gleichen Zielrichtung weitergeführt. Dabei sind konstruktive Kontakte zu den übrigen Fraktionen und dem Bürgermeister, kritische Beratung der anstehenden Entscheidungen und an der Sache orientierte Arbeit selbstverständlich.

Friederike Fischermann und Dierk Simons ziehen sich allerdings nicht aufs Altenteil zurück. Im Ortsverband der GRÜNEN Titz arbeiten sie weiterhin aktiv mit und stehen auch der Fraktion beratend zur Verfügung.

Neuer Fraktionsvorsitzender ist Christian Waldrich. Sein Stellvertreter ist Andreas Leßenich. Darüberhinaus gehören der Fraktion wie bisher Rolf Frieten aus Opherten und Thomas Höger aus Titz als Sachkundige Bürger an. Sie vertreten die GRÜNEN in den Ausschüssen für Jugend, Kultur, Soziales und Sport sowie im Betriebsausschuss.

Die Fraktion ist wie bisher für Informationen, Anregungen und Fragen erreichbar:
Christian Waldrich Tel. 02463 997149
Andreas Leßenich Tel. 02463 907057

Aktuelles finden Sie immer auf unserer Homepage: www.gruene-titz.de

Vorstandswahlen im Ortsverband der GRÜNEN

Auch im Ortsverband Titz von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fand in diesem Jahr ein Wechsel im Vorstand statt.

Nach langjähriger Tätigkeit als Sprecher schied Erhard Dohmen auf eigenen Wunsch aus dem Vorstand aus. Barbara

Simons bedankte sich im Namen der Mitglieder für seine engagierte Vorstandsarbeit in den vergangenen Jahren und stellte erfreut fest, dass er auch weiterhin aktiv im Ortsverband mitwirken möchte.

Als Sprecher wurde an seiner Stelle Rolf

Frieten gewählt. Wiedergewählt als Sprecherin wurden Barbara Simons sowie Manfred Muckel als Kassierer. Ebenfalls wiedergewählt als Beisitzerin wurde Friederike Fischermann. Neu im Vorstand als Beisitzer ist Thomas Höger.



Solaranlagen auf Rathaus und Schulen Initiativantrag der GRÜNEN wird umgesetzt



Der Rat der Gemeinde Titz hat einstimmig beschlossen, auf den Dächern des Rathauses und der beiden Grundschulen Solaranlagen zu installieren. Hiermit wird der Initiativantrag der GRÜNEN vom 30.09.2010 umgesetzt. Einstimmig hatte der Rat der Gemeinde damals auf Antrag der GRÜNEN Fraktion die Verwaltung beauftragt, eine Machbarkeitsstudie zu erstellen, die inzwischen vorliegt.

Die Dächer des Rathauses, der Schulen, des Gemeindekindergartens und des Hal-

lenbades erwiesen sich sowohl von der Statik als auch von der Sonneneinstrahlung her als Standorte für Fotovoltaikanlagen geeignet.

Es ist deshalb vorgesehen, die Dächer des Rathauses, des Grundschulgebäudes in Titz mit der Turnhalle und des Schulgebäudes Rödingen einschließlich Flachdach in Angriff zu nehmen. Mit der Planung der Maßnahme wurde die Gemeindeentwicklungs- und Dienstleistungsgesellschaft der Gemeinde Titz beauftragt.

Die Dächer des Hauptschulgebäudes und des Kindergartens, die ebenfalls geeignet sind, werden als Option für eine spätere Maßnahme im Auge behalten.

Der Betrieb einer Fotovoltaikanlage auf dem Dach des Hallenbades wäre bei entsprechendem Bedarf durch den Förderverein und den Kreissportbund oder auch durch die Gemeinde selbst möglich. Diese beiden Optionen stehen zur Zeit nicht an.

Satzung verbietet Bürgern das Sparen!

In seiner Sitzung vom 13.09.2012 (Sitzungsvorlage:82/2012) hat der Rat der Gemeinde Titz die Entwässerungssatzung geändert. Zukünftig besteht grundsätzlich ein „Anschluss und Benutzungszwang für das Niederschlagswasser“.

Lediglich wenn der Grundstückseigentümer ein „besonders begründetes Interesse“ vorweist, kann er auf Antrag befreit werden.

Im Weiteren führt die geänderte Satzung aus: „Ein begründetes Interesse liegt nicht vor, wenn die anderweitige Beseitigung oder Verwendung des Niederschlagswassers lediglich dazu dienen soll, Gebühren zu sparen.“

Für bereits befreite Grundstückseigentümer sieht die Satzung einen Bestand der Befreiung vor: „befreite Grundstückseigentümer bleiben befreit“.

In der Beschlussbegründung nimmt die Verwaltung Bezug auf die „Erdfälle auf dem Gebiet der Gemeinde Titz“ (Sitzungsvorlage 59/2012). Hier werden Tagesbrüche (in der Vorlage als „Erdfälle“ bezeichnet) u.a. aus dem Mergelabbau der letzten Jahrhunderte maß-

geblich im Zusammenhang mit Regenwasser gebracht.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN haben der Satzungsänderung nicht zugestimmt.

Die Existenz von Mergellöchern und die in zwei Fällen aufgetretenen Absackungen sollte man nicht zum Anlass nehmen, für das gesamte Gemeindegebiet die Versickerung von Niederschlagswasser zu verbieten.

Der Mergelabbau ist seit etwa 100 Jahren abgeschlossen und in den Jahrzehnten des letzten Jahrhunderts, in denen überwiegend keine Kanalisation vorhanden war, wurde das Regenwasser selbstverständlich versickert. Größere Schäden traten nicht auf.

Die Negativformulierung vom Gebührensparen halten wir für nicht richtig, so die GRÜNEN. Man sollte dem Bürger nicht vorhalten, Gebühren zu sparen sei etwas Negatives. Erst recht nicht in einem Satzungstext. Gebühren sind Kosten, die anfallen durch Leistungen, die erbracht werden. Wenn der Bürger die

Leistung nicht in Anspruch nimmt und stattdessen die Leistung einer fachgerechten Versickerung selber vornimmt, ist ihm das nicht vorzuhalten.

Der Einwand der Verwaltung, befreite Grundstückseigentümer seien nicht mehr anteilig an den Abschreibungskosten des Kanalnetzes beteiligt, ist nachvollziehbar. Jedoch ließe sich hier über die Satzung durchaus eine für alle Beteiligten akzeptable Regelung schaffen. So könnten unserer Meinung nach über einen Sockelbeitrag auch befreite Grundstückseigentümer an diesen Kosten beteiligt werden.

Die jetzige Regelung ist nicht nur ökologisch fragwürdig, sondern wirtschaftlich nicht die Beste. Über den Anschlusszwang gehen die Mehrkosten zur zusätzlichen Entsorgung des Regenwassers durch das Kanalnetz zulasten aller Gebührensahler. Letztendlich müssen in Zukunft alle mehr bezahlen, so unsere Prognose.



Alle öffentlichen Sitzungsvorlagen finden Sie auf der Internetseite der Gemeinde Titz www.gemeinde-titz.de unter „Sitzungsdienst“ unter der angegebenen Vorlagennummer.

Was ist das?

Gelbes Band an Schildern und Bäumen — Zeichen der Solidarität und des Protestes

In der Ortschaft Jackerath flattern am Ortseingang und an den verschiedensten Stellen im Dorf an Schildern und Bäumen gelbe Bänder.



Sie sollen aufmerksam machen auf die Probleme der Menschen mit dem Tagebau wie Feinstaub, Schmutz und Lärm. Ideengeber und Motor dieser Aktion ist eine Bürgerinitiative aus Wanlo, welche

die Menschen in den Grubenranddörfern zum Mitmachen aufruft.

Inzwischen flattern auch in Jackerath, das ja unmittelbar am Grubenrand und an der Bandsammelanlage liegt, gelbe Bänder, wenn auch noch vereinzelt.

Die Bürgerinitiative Wanlo ruft alle Bürger der Grubenranddörfer der Tagebaue Garzweiler II, Hambach und Inden auf, sich zu beteiligen und gelbe Bänder auch an ihren Häusern, Zäunen und Gärten anzubringen.

In ihrem Aufruf schreibt die Initiative: „Die Erfahrung zeigt, dass Menschen, die nicht in direkter Nähe zum Tagebau leben, oft überhaupt nicht wissen, welche Probleme dieser mit sich bringt Diese Aktion, die wir das „Gelbe Band“ nennen, soll den Verantwortlichen der Tagebaue vor Augen führen, was sie in unserer Heimat anrichten. Weiterhin soll die Öffentlichkeit auf die Probleme im Zusammenhang mit dem Braunkohlentagebau aufmerksam gemacht werden.

Das Band stellt symbolisch die Verbindung der Grubenranddörfer dar. Die Farbe Gelb wurde wegen ihrer hohen, weit hin sichtbaren Leuchtkraft gewählt. Sie

steht unter anderem für Optimismus, aber auch für den Ärger und als Farbe der Geächteten und Ausgegrenzten.“ Weitere Infos im Internet unter [Das gelbe Band Wanlo](#)



Der Ortsverband der GRÜNEN Titz unterstützt die Aktion und ist Mitglied in der Gemeinde- und Kreisgrenzen überschreitenden „Initiative Tagebaurand“, die sich mit den Problemen des Tagbaurandes beschäftigt.

Siehe dazu auch den Artikel in Grünspecht 1 / 2012 auf www.grüne-titz.de Wenn Sie regelmäßig informiert werden wollen oder aktiv in der Initiative mitmachen möchten, finden sie Informationen und Ansprechpartner unter

www.gruene-titz.de

Messstation kommt nach Jackerath Überprüfung der Feinstaubbelastung durch den Tagebau

Anlässlich von Beschwerden einiger Jackerather Bürger über Feinstaubbelastung hatte die Verwaltung im Dezember 2011 bei der Bezirksregierung Köln als oberer Umweltbehörde die Durchführung von entsprechenden Luftmessungen beantragt.

Unabhängig davon setzten sich auch Fraktion und Ortsverband der Titzer GRÜNEN mit den Belastungen durch den Braunkohlentagebau auseinander (Siehe dazu Grünspecht 2012 Ausgabe 1 auch in www.grüne-titz.de).

Zusammen mit den Erkelenzer GRÜNEN, den Initiativen der Tagebaurandgemeinden und dem BUND erwirkten wir im März 2012 im Landtag ein Fachgespräch mit Umweltminister Rimmel und führenden Vertretern des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz

NRW. Dabei wiesen wir auf die Belastung durch Feinstaub und Radioaktivität hin und forderten einen Messpunkt ausdrücklich auch für Jackerath. Minister Rimmel sagte zu, die Notwendigkeit von weiteren Prüfmaßnahmen auch unter dem Aspekt des konkreten Anwohner-schutzes neu bewerten zu wollen.

Die Forderungen nach einer Messstation zeigen Erfolg

Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz teilt nun mit, dass in Jackerath eine Station zur Messung von Immissionsschadstoffen aufgebaut werden soll. Als Standort ist der Parkstreifen im Bereich des Sportplatzes gegenüber Hausnummer 30/32 vorgesehen. Die Messungen sollen Anfang 2013 beginnen und über das gesamte Kalenderjahr andauern.

Messwerte jederzeit einsehbar

Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) verfolgt mit seinen Messstationen an den verschiedensten Standorten in NRW die Schadstoffbelastungen in der Luft.

Die Liste der Überschreitungstage für Feinstaub (PM10) an den einzelnen Messstationen ist im Internet unter www.lanuv.nrw.de einzu-sehen.

Dort finden Sie neben den jeweils aktuellen Werten der Messstation auch die Liste der kontinuierlichen Feinstaubmessungen und der Anzahl der Überschreitungstage.

Verbraucher zahlen zu viel für Strom

Steigende Strompreise: Die Bundesregierung erhöht kräftig mit

Die Bundesregierung ist maßgeblich dafür verantwortlich, dass die Stromanbieter die Preise zum nächsten Jahr erhöhen. Immer mehr müssen private Haushalte für Unternehmen mitbezahlen, die sich von den Netzentgelten und dem Ausbau der Erneuerbaren Energien haben befreien lassen.

Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Verbraucher für McDonald's, den Versicherungskonzern Allianz oder den Discounter ALDI die Kosten übernehmen. Und das sind keine Einzelfälle. Union und FDP in Berlin haben die Kriterien so abgesenkt, dass die Anzahl der befreiten Unternehmen von 800 auf knapp 3000 im nächsten Jahr steigen wird. Dies summiert sich auf 8 Milliarden Euro und bläht die Stromkosten der privaten Haushalte auf. Tendenz: auch in den nächsten Jahren sind starke Sprünge zu erwarten. Fast 2000 weitere Firmen haben bereits bei den Netzentgelten Anträge auf Befreiung gestellt.

Die Preiserhöhungen haben also nur wenig mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien zu tun. Folgende Zahlen machen das deutlich: Der Ausbau der Erneuerbaren Energien lässt die EEG-Umlage um 0,6 Cent ansteigen. Der restliche eine Cent der Erhöhung ist der Ausweitung der Befreiungen für die Industrie und andere falschen Anreize geschuldet.

Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Verbraucher für McDonald's, den Versicherungskonzern Allianz oder den Discounter ALDI die Kosten übernehmen

Die Befreiung der Unternehmen bei den Netzentgelten muss schleunigst wieder rückgängig gemacht werden. Die ersten Golfplätze und die Deutsche Börse in Frankfurt haben auch schon Befreiungsanträge gestellt. Das kann nicht sein! Bei der Förderung der Erneuerbaren Energien über die EEG Umlage sollten nur noch die Firmen befreit werden, die wirk-



lich im internationalen Wettbewerb stehen, damit keine Arbeitsplätze gefährdet werden.

Auch in einem anderen Punkt lässt die Bundesregierung die Verbraucher zahlen: Der Netzbetreiber tennet schafft es trotz Zusage nicht rechtzeitig etliche Windparks in der Nordsee ans Stromnetz anzuschließen. Den entstandenen Milliardenschaden sollen die Verbraucher schultern. Geplant ist, dass größere Unternehmen hier wieder von der Zahlung befreit werden.

Auswahl von Unternehmen, die aktuell von den Netzentgelten weitgehend/gänzlich befreit sind:

Friedrichstadtpalast, AXA, Allianz, ALDI, 1&1, Urenco, BayerSchering Pharma, diverse Wiesenhof Mastställe, Netto Marken-Discounter, diverse Erdöl-Raffinerien, Accor Hotels, Autohaus Ford Kögler.... In der Beantragung: diverse Golfplätze, Deutsche Börse Frankfurt, IKEA, H&M, Sparda Bank Nürnberg, Diözese Würzburg, J. Oppmann AG – Sektkellerei. Insgesamt haben für die Jahre 2011 und 2012 rund 3500 Firmen Anträge auf Befreiung gestellt.

Auswahl von Unternehmen, die aktuell von der EEG Umlage weitgehend befreit sind und die nur bedingt im internationalen Wettbewerb stehen:

McDonald's (EnergyFoodTown Duisburg Rheinhausen), Bitburger, 30 Bergbaubetriebe im Bereich Braun- und Steinkohle, 8 x Exxon Mobil mit Erdölförderung, 4 Erdöl-Raffinerien, 9 Großschlachtereien (u.a. Wiesenhof), 20 Molkereien, 14 Futtermittelhersteller, rund 50 Zementfirmen, diverse Flughäfen – bspw. Stuttgart und Berlin. Für nächstes Jahr gibt es mehr als 2000 Anträge.

Die ersten Golfplätze und die Deutsche Börse in Frankfurt haben auch schon Befreiungsanträge gestellt

Bestandteile der Strompreiserhöhung:
0,2 Cent/ kwh (§19 Umlage): zahlt jeder private Haushalt für die Befreiung von Firmen bei den Netzentgelten mit.

0,13 Cent/kwh für Kraft-Wärme-Kopplung

0,25 Cent/ kwh (Offshore-Haftung): weil der Netzbetreiber tennet Windparks in der Nordsee nicht rechtzeitig ans Stromnetz anschließt, sind Haftungszahlungen in Milliardenhöhe fällig

1,7 Cent/ kwh (EEG Umlage): die Umlage steigt von 3,6 auf 5,3 Cent/kwh.

~ 0,5 Cent/ kwh (Netzentgelte): rund 300 Netzbetreiber erhöhen die Preise um durchschnittlich 0,5 Cent/ kwh